



## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1           Eröffnung der Sitzung
  
- 2           Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
07. September 2011
  
- 3           Erbpachtvertrag Tennisclub Rot-Weiß  
Vorlage: 09/SVV/0428  
Fraktionen SPD
  
- 4           Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe  
Vorlage: 10/SVV/1054  
Fraktion DIE LINKE
  
- 5           Erste Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2011  
Vorlage: 11/SVV/0678  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
  
- 6           Beirat für Bauvorhaben Goetheschule, Einstein- und Humboldtgymsnasium  
Vorlage: 11/SVV/0117  
Fraktion FDP
  
- 7           Beirat für Begleitung Bauvorhaben Stadtteilschule  
Vorlage: 11/SVV/0483  
Fraktion CDU/ANW
  
- 8           Konzept zur Stabilisierung der Wasser- / Abwasserpreise  
Vorlage: 11/SVV/0523  
Fraktion DIE LINKE
  
- 9           Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"  
Vorlage: 11/SVV/0542  
Fraktion DIE LINKE
  
- 10          Wohnungspolitisches Konzept  
Vorlage: 11/SVV/0630  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
  
- 11          Entschädigung für verunreinigtes Trinkwasser  
Vorlage: 11/SVV/0593  
Fraktion CDU/ANW
  
- 12          Sitzungskalender 2012  
Vorlage: 11/SVV/0571  
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

- 13 Tierheimneubau  
Vorlage: 11/SVV/0617  
Fraktion DIE LINKE
- 14 Parkraumbewirtschaftungskonzept  
Vorlage: 11/SVV/0641  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 15 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung)  
Vorlage: 11/SVV/0642  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 16 Einführung des partizipativen Sponsorings in städtischen Unternehmen  
Vorlage: 11/SVV/0472  
Fraktion Die Andere
- 17 Mitteilungen der Verwaltung
- 17.1 Information zum Sachstand Archiv e. V.  
aus HA 24.08., in dem eine erneute BE in 4 Wochen zugesagt wird
- 17.2 Sachstand der Verhandlungen zur "Westkurve"  
aus HA 07.09.2011
- 17.3 Beschlusskontrolle  
Vorlage: 11/SVV/0651  
Oberbürgermeister, Büro der Stadtverordnetenversammlung
- 17.4 Papierlose Stadtverordnetenversammlung  
Vorlage: 11/SVV/0655  
Oberbürgermeister, Büro der Stadtverordnetenversammlung
- 17.5 Einzelfahrschein für alle Fahrtrichtungen  
Vorlage: 11/SVV/0620  
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 17.6 Bericht über das Ergebnis der Prüfung, ob und unter welchen Voraussetzungen die Einrichtung eines Aufsichtsrates für die Luftschiffhafen Potsdam GmbH erforderlich ist  
Vorlage: 11/SVV/0633  
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 17.7 Alternativfinanzierung für soziale Projekte aus dem Programm "Soziale Stadt"  
Vorlage: 11/SVV/0614  
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

- 17.8 Erbbaurechtsvertrag Karl-Liebnecht-Stadion - Modifizierung der Zuschussregelung  
Vorlage: 11/SVV/0692  
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
- 18 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07. September 2011**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister folgende Änderungen vor:

- Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 4, DS 10/SVV/1054, Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe bis November 2011, da bislang die dazu zugesagte Vorlage der Verwaltung fehlt,
- Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 7, DS 11/SVV/0483, Beirat für Begleitung Bauvorhaben Stadtteilschule, da hierzu das Votum des Ausschusses für Bildung und Sport fehlt,
- den Tagesordnungspunkt 6, DS 11/SVV/0117, Beirat für Bauvorhaben Goetheschule, Einstein- und Humboldtgymsnasium, erklärt die antragstellende Fraktion FDP als erledigt,
- Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 13, DS 11/SVV/0617, Tierheimneubau, da hierzu das Votum des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung fehlt,
- Zurückstellung der Tagesordnungspunkte 14 und 15, DS 11/SVV/0641, Parkraumbewirtschaftungskonzept, und DS 11/SVV/0642, Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung), die beide im Kontext durch den Ausschuss für Finanzen beraten werden sollen.

Ergänzt werden soll die Tagesordnung durch folgende Mitteilungen der Verwaltung

- Sachstand zum Badneubau
- Information über die Gespräche mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten
- Information zum aktuelle Stand des Umlegungsverfahrens B-Plan 129,

Weitere Informationen werden gewünscht von

- Herrn Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE zum Workshop „Bürgerbeteiligung“

und beantragt wird von Frau Lehmann, Die Andere,

- das Rederecht für Herrn Herzberg zum Tagesordnungspunkt 16, Einführung des partizipativen Sponsorings in städtischen Unternehmen – gegen das sich kein Widerspruch erhebt. Dem Antrag von Frau Lehmann, diesen Tagesordnungspunkt als ersten zu behandeln, stimmen 4 Hauptausschussmitglieder, bei zahlreichen Stimmenthaltungen zu.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 55. Sitzung des Hauptausschusses vom 07. September 2011 gibt es keine Änderungen oder Hinweise. Die Niederschrift wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Entsprechend der geänderten Tagesordnung wird anschließend der Punkt 16 aufgerufen:

### **zu 16 Einführung des Partizipativen Sponsorings in städtischen Unternehmen**

**Vorlage: 11/SVV/0472**

Fraktion Die Andere

Eingangs erhält Herr Herzberg das Rederecht und stellt sein Konzept an Hand visueller Darstellung vor, wobei er auf seine Thesen, die Herausforderungen sowie Lernprozesse und Vorschläge zur Umsetzung eingeht. Der Oberbürgermeister verweist anschließend darauf, dass dieses Thema Gegenstand der Beratungen in der Transparenzkommission sei und diese auch einen Vorschlag dazu unterbreiten werde. In den Vorschlägen des Herrn Herzberg seien interessante Elemente enthalten, die im Rahmen der weiteren Diskussion auf ihre Praktikabilität geprüft werden sollten.

Gegen seinen Vorschlag, den Antrag **zurückzustellen** erhebt sich kein Widerspruch.

### **zu 3 Erbpachtvertrag Tennisclub Rot-Weiß**

**Vorlage: 09/SVV/0428**

Fraktionen SPD

Herr Exner empfiehlt, diese Drucksache ebenfalls zu vertagen, da noch weitere Gespräche dazu laufen. Auf den Einwand von Herrn Dr. Scharfenberg, dass zumindest ein Sachstand gegeben werden solle, da niemand den aktuellen kenne, verweist Herr Exner auf die Komplexität dieser Angelegenheit mit zahlreichen Beteiligten. Die Stadt sei weiter im Gespräch mit den Investoren, weil es aus deren Sicht noch einige ungeklärte Punkte gebe.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die fehlende kontinuierliche Information ein echtes Problem sei. Er verweist in seinen Ausführungen auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Erhalt der Sporthalle in der Heinrich-Mann-Allee und die damit vorhandene Chance, die Tennisplätze zu erhalten. Der Oberbürgermeister bestätigt die schwierige Situation auch hinsichtlich der Tauschfläche. Er schließt sich der Forderung an, eine Entscheidung zu fällen und abschließende Gespräche zu führen. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob es dann im Dezember eine tatsächliche Entscheidung in die eine oder andere Richtung oder wieder eine „Hängepartie“ gebe, antwortet der

Oberbürgermeister und spricht sich für eine abschließende Entscheidung aus.

**Die Vorlage wird bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 21. Dezember 2012 zurückgestellt.**

**zu 4** **Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe**  
**Vorlage: 10/SVV/1054**  
Fraktion DIE LINKE

**zurückgestellt bis November 2011** und zu der avisierten Vorlage der Verwaltung.

**zu 5** **Erste Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2011**  
**Vorlage: 11/SVV/0678**  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Der Oberbürgermeister verweist auf die zustimmende Stellungnahme des Ausschusses für Finanzen. Trotzdem solle in der heutigen Sitzung nicht abschließend die Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung empfohlen werden, da es weitere Informationen von grundsätzlicher Bedeutung gebe. Herr Exner ergänzt die Ausführungen und führt aus, dass die Systematik der Umschichtungen sehr praktikabel ausgesehen habe. Nun gebe es die Orientierungsdaten des Landes für das Jahr 2012, verbunden mit einem nochmaligen drastischen Absinken der investiven Zuschüsse, die nun 2,5 Mio. Euro weniger betragen als angenommen. Dieses Defizit könne man nicht ignorieren und müsse versuchen, die Lücke zu schließen. Als erstes prüfe er, ob hier kein Fehler vorliege; wenn dies ausgeschlossen werden könne, müsse eine Lösung gefunden werden, wie z. B. die Erhöhung der Kreditaufnahme auf 5 Mio. Euro. Deshalb schlage er vor, bis zu den Fraktionssitzungen am kommenden Montag die Zahlen aufzubereiten und einen Vorschlag zu unterbreiten, so dass einer Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 28.09.2011 nichts im Wege stehe – zumal diese dringend erfolgen müsse.

Nachdem Herr Exner die Rahmenbedingungen und den Rückgang der Zuweisungen des Landes von 2007 – 2012 um fast 100 Mio. Euro erläutert hat, werden durch ihn und Herrn Klipp die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder beantwortet. So von Herrn Dr. Scharfenberg zum Ausbau der Behlertstraße, zu den Mitteln für die „Soziale Stadt“ und zum städtischen Anteil an der L 40 sowie von Herrn Schultheiß zu den Möglichkeiten, diese Ausgaben nicht vorausschauend planen zu können. Herr Schüler betont, dass für ihn die L 40 eine Landesstraße sei und deshalb das Land auch der Bauträger sein müsse. Er halte es für mehr als richtig, dass nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten außerhalb des städtischen Haushalts gesucht wurde.

Gegen das von Herrn Exner vorgeschlagene Verfahren, bis zu den am Montag stattfindenden Fraktionssitzungen eine modifizierte Fassung vorzulegen, erhebt sich kein Widerspruch. Der Oberbürgermeister sagt zu, dass Herr Exner und Herr Klipp für Rückfragen zur Verfügung stehen.

- zu 6 Beirat für Bauvorhaben Goetheschule, Einstein- und Humboldtgynasium**  
**Vorlage: 11/SVV/0117**  
Fraktion FDP  
auch Werksausschuss KIS  
neue Fassung vom 10.06.2011

Die antragstellende Fraktion FDP erklärt diesen Antrag als **erledigt**.

- zu 7 Beirat für Begleitung Bauvorhaben Stadtteilschule**  
**Vorlage: 11/SVV/0483**  
Fraktion CDU/ANW

**zurückgestellt**, da hierzu das Votum des Ausschusses für Bildung und Sport fehlt.

- zu 8 Konzept zur Stabilisierung der Wasser- / Abwasserpreise**  
**Vorlage: 11/SVV/0523**  
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt die Vorlage ein und verweist auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 2002 (02/SVV/0920), mit dem festgelegt worden sei, dass „die von Eurawasser im Jahr 2000 vorgelegte korrigierte Entgeltentwicklung, die für 2017 eine Gebührenhöhe von 13,54 DM vorsah, zu unterschreiten ist. Zur Erreichung der ... festgelegten Ziele werden der Oberbürgermeister und die anderen städtischen Aufsichtsratsmitglieder beauftragt, im Aufsichtsrat der EWP dafür Sorge zu tragen, dass die Entgeltentwicklung und die daraus resultierenden Entgeltforderungen gegenüber der Stadt durch geeignete Maßnahmen entsprechend gestaltet werden. Dazu gehört auch eine Prüfung des Ver- und Entsorgungsvertrages mit der EWP. Bedingung ist, dass für den städtischen Haushalt keine zusätzlichen Belastungen entstehen.“ Dieser Beschluss gelte nach wie vor und darin begründe sich der Antrag der Fraktion DIE LINKE, die den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen übernommen habe.

Herr Heuer führt aus, dass alle Stadtverordneten das „Wie“ und „Ob“ des Anliegens teilen würden. Beantragt habe die Fraktion jedoch, dass die Preise stabilisiert würden, wozu es ein einzuhaltendes Verfahren über das Angebot der Stadtwerke bis hin zum Beschluss der Gebühren durch die StVV gebe. Er halte diesen Antrag für einen „Gutwill-Antrag“ und empfiehlt, ihn zurückzustellen bis mit konkreten Daten gearbeitet werde. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass mit dem Antrag ein Konzept gefordert werde, was zu diskutieren sei, um dann Maßnahmen mit der Zielstellung der Stabilisierung der Wasserpreise festzulegen. Die Stadt könne die Zielsetzung vorschreiben und die StVV sei dafür da, diese Orientierungen im Interesse der Bürger zu formulieren. Frau Dr. Schröter merkt an, dass die Stadtverordnetenversammlung als Gesellschafterin auch Aufträge erteilen könne.

Herr Exner führt an, dass im IV. Quartal 2012 die Gebührenkalkulation für die Folgejahre vorzulegen sein werde. Dazwischen habe die StVV genügend Stellschrauben, wie z. B. die Investitionsplanung und deren Auswirkungen auf die Gebühren und genügend Gelegenheit, diese Diskussion zu führen.

Herr Schüler unterstützt das Anliegen; es sei richtig, dass die EWP Vorschläge mit den entsprechenden Konsequenzen unterbreiten sowie herausarbeiten solle,

ob das Anliegen des Antrags möglich sei und unter welchen Bedingungen. Ebenso sieht Frau Bankwitz den Antrag als sinnvoll und zustimmungsfähig an.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag zu Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in enger Abstimmung mit der EWP ein Maßnahmenkonzept zu erarbeiten, mit dem für den Zeitraum 2013 bis 2017 die Preise für Wasser und Abwasser stabilisiert werden.

**In dem Konzept sind auch die Entwicklungen der Anschlusskosten und ein Kostenvergleich mit den anderen Landeshauptstädten darzustellen.**

Der Entwurf des Maßnahmenkonzepts ist der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2011 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	11
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	2

zu 9

**Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"**

**Vorlage: 11/SVV/0542**

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein und verweist auf eine neue als Tischvorlage ausgereichte Textfassung, die den Antrag der Fraktion DIE LINKE sowie den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD (DS 11/SVV/0630) verbinde.

Herr Schröder führt aus, dass er das Anliegen unterstütze und die bisher unkonkreten Anträge der Fraktionen untersetzt sehe.

Herr Schüler erklärt, dass damit der Antrag mit der DS 11/SVV/0630 erledigt sei.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

**In Vorbereitung der Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes der Landeshauptstadt Potsdam wird ein Gremium berufen, bestehend aus max. 5 Personen, die mit ihrer Profession die wichtigsten Kernthemen wie Mieterschutz, Wohnungswirtschaft, Energie, Klimaschutz und demografischer Wandel repräsentieren.**

**Aufgabe dieses Gremiums soll der Entwurf einer Agenda sein, die alle Themen bzw. Fragen aufnimmt, die im Prozess der Erstellung eines wohnungspolitischen Konzeptes relevant und zu bearbeiten sind.**

**Die Agenda soll als Fahrplan für die Erarbeitung des Konzeptes dienen.**

**Der Entwurf dieser Agenda ist der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2011 vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3



zu 10

**Wohnungspolitisches Konzept**

**Vorlage: 11/SVV/0630**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

Der Antrag mit dem Wortlaut:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Potsdamer Wohnungsbaugesellschaften und externen Experten den Entwurf für ein wohnungspolitisches Konzept zu entwickeln, in dem "lokale Strategien" gegen die Kostensteigerungen aufgezeigt werden sollen, die sich beispielsweise aus den Anforderungen altengerechten Wohnens und der energetischen Sanierung entwickeln können. Dazu sind Fragen zu Niveau und Ausgestaltung der baulichen Maßnahmen sowie der Gestaltung der Strom- und Wärmepreise der Stadtwerke Potsdam als auch Fragen der Einkommens- bzw. Rentenentwicklung einzubeziehen.*

*Ein erstes Ergebnis soll als Diskussionsgrundlage der STVV im Januar 2012 vorgestellt werden.*

wird durch Herrn Schüler mit Zustimmung zur DS 11/SVV/0542 als erledigt erklärt.

zu 11

**Entschädigung für verunreinigtes Trinkwasser**

**Vorlage: 11/SVV/0593**

Fraktion CDU/ANW

Nachdem Herr Schröder den Antrag eingebracht hat, nimmt Herr Böhme (EWP) zu den Vorgängen Stellung und betont, dass die Situation unangenehm, aber nicht vermeidbar gewesen sei. Seitens des Unternehmens habe es deshalb Prüfungen über das normale Maß hinaus gegeben, so dass der Fehler zeitnah eingegrenzt werden konnte. Vom ersten Tag an habe die EWP offensiv gehandelt und das Problem in der Presse kommuniziert.

Trotzdem habe das Gesundheitsamt das Abkochgebot als Vorsichtsmaßnahme angeordnet. Er informiert über die Aktivitäten der EWP, die Anzahl der von Bürgern an das Unternehmen gerichteten Schreiben sowie weitere veranlasste Maßnahmen im Sinne einer Kundenbindung und –zufriedenheit. Außerdem habe man die rechtliche Schiene abgecheckt; im Ergebnis gebe es keinen Ansatz, der nur dann gegeben wäre, wenn ein Unternehmen grob fahrlässig gehandelt habe. Da die EWP sehr umfassend agiere, werde es keine Pauschalerstattung geben. Soweit es Gebührenreduzierungen betreffe, könne das die Stadt nur selbst entscheiden.

Herr Schüler betont, dass Information und Handlungsweise des Unternehmens sehr gut waren und der Fehler auch schnell gefunden werden konnte. Es gehe mit diesem Antrag nicht um eine Haftung, sondern darum, über eine „noble Geste“ im Sinne der Kundenbindung nachzudenken. In der weiteren Diskussion wird die Modifizierung des Antrags in diesem Sinne besprochen, die Anzahl der betroffenen Haushalte, der Zusammenhang mit der mit dem Stadtwerkefest betonten Kundenbindung und die Möglichkeit, dass diese Art der Entschädigung eine Art Sponsoring sei, die mit der in der Transparenzkommission erarbeiteten Definitionen im Widerspruch stehe.

Im Ergebnis der Diskussion schlägt Herr Schröder vor, den letzten Teil des ersten und den gesamten zweiten Satz zu streichen (~~Entschädigung zu zahlen. Diese~~

~~Entschädigung kann mit der Jahresschlussrechnung 2011 erfolgen.)~~ und anzufügen: **Kompensation für den erhöhten Aufwand zur Aufbereitung des Trinkwassers ohne Anerkenntnis einer Rechtspflicht zu gewähren.**

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die EWP aufzufordern, ihren Kunden im Einzugsbereich des verunreinigten Trinkwassers eine angemessene ~~Entschädigung zu zahlen.~~ **Kompensation für den erhöhten Aufwand zur Aufbereitung des Trinkwassers ohne Anerkenntnis einer Rechtspflicht zu gewähren.**

~~Diese Entschädigung kann mit der Jahresschlussrechnung 2011 erfolgen.~~

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 3

**zu 12 Sitzungskalender 2012**

**Vorlage: 11/SVV/0571**

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

Der Oberbürgermeister verweist auf die im Sitzungskalender enthaltenen Terminplanungen für den Hauptausschuss. Da keine Hinweise oder Änderungen vorgetragen werden, stellt er den Antrag zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2012 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen.

**zu 13 Tierheimneubau**

**Vorlage: 11/SVV/0617**

Fraktion DIE LINKE

**zurückgestellt**, da das Votum des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung fehlt.

**zu 14 Parkraumbewirtschaftungskonzept**

**Vorlage: 11/SVV/0641**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

**zurückgestellt**, da der Ausschuss für Finanzen das Parkraumbewirtschaftungskonzept im Kontext mit der Parkgebührenordnung beraten müsse.

**zu 15      Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung)**

**Vorlage: 11/SVV/0642**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

zurückgestellt, da der Ausschuss für Finanzen die Parkgebührenordnung im Kontext mit dem Parkraumbewirtschaftungskonzept beraten müsse.

**zu 17      Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 17.1    Information zum Sachstand Archiv e. V.**

aus HA 24.08., in dem eine erneute BE in 4 Wochen zugesagt wird

Frau Dr. Seemann führt aus, dass die EW-Bau eingegangen und nun extern geprüft werde. Auf die Nachfrage, wann die baufachliche Prüfung abgeschlossen sei, entgegnet sie, dass das u. a. von der Vollständigkeit der Unterlagen abhängen.

**zu 17.2    Sachstand der Verhandlungen zur "Westkurve"**

aus HA 07.09.2011

Herr Richter führt dazu aus, dass seitens der Genossenschaft ein Schreiben an den KIS unterwegs sei, aber noch nicht vorliege. Danach werde es das angekündigte Gespräch und in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses eine erneute Information geben.

**zu 17.3    Beschlusskontrolle**

**Vorlage: 11/SVV/0651**

Oberbürgermeister, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Herr Dr. Scharfenberg bezieht sich in seinen Ausführungen auf den Beschluss mit der DS 09/SVV/0871 „Biosphäre“ und die Ankündigung der Verwaltung, einen Entscheidungsvorschlag bis Ende 2011 vorlegen zu wollen. Er fragt, ob dieser Termin gelte, weil in der Tabelle mehrere Einschränkungen, wie „voraussichtlich“ oder „nach derzeitigem Verfahrensstand“ enthalten seien. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass es in dem Verfahren Unwägbarkeiten gebe, die nicht einzuschätzen seien.

Im Weiteren bezieht sich Herr Dr. Scharfenberg auf die DS 10/SVV/0879 „Bürgerbeteiligung Gartenstadt Drewitz“ und den nunmehr stattgefundenen 4. Workshop. Er fragt, ob das fortgeschriebene Beteiligungskonzept noch in diesem Jahr vorgelegt werden solle. Herr Klipp nennt als Voraussetzung dafür die erfolgreichen Abstimmungen mit den beteiligten Akteuren.

Die Nachfrage von Frau Engel-Fürstberger, ob die Mitteilungsvorlage zur Verkehrssituation Am Neuen Garten zur StVV am 28.09.2011 vorgelegt werde, bejaht Herr Klipp.

Frau Dr. Schröter merkt an, dass die Auslegung des Nahverkehrsplanes 2012 – 2016 erst im September 2012 erfolgen solle. Sie fragt nach den Gründen dieses späten Auslegungstermins, die Frau Kofler mit den einzelnen Verfahrensschritten und Abstimmungen erklärt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 17.4 Papierlose Stadtverordnetenversammlung**

**Vorlage: 11/SVV/0655**

Oberbürgermeister, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Frau Ziegenbein erläutert, dass zwischenzeitlich eine aktuelle Variante aus der Verbindung der Varianten 1 und 2 angeboten werden könne. Mit der neuen Version des RIS seien die in der Mitteilungsvorlage genannten Nachteile der Variante 1 bezüglich der beigefügten Anlagen behoben worden; ebenso sei es auf Grund eines geänderten Verfahrens möglich, die Änderungs- und Ergänzungsanträge beizufügen. Die so genannte Aktenmappe könne für interessierte Stadtverordnete als papierlose Variante genutzt werden. Um der Geschäftsordnung der StVV zu entsprechen, müsse jede/r Stadtverordnete, die/der dies nutzen wolle, eine entsprechende Erklärung unterschreiben, dass sie/er damit ordnungsgemäß geladen wurde und die Unterlagen nicht über das Postfach ausgereicht werden. Die Aktenmappe werde mehrfach aktualisiert und enthalte ausschließlich öffentliche Drucksachen. Damit sich jeder bewusst für diese Variante entscheiden könne, seien zwei Informationsveranstaltungen geplant, in denen das Verfahren erläutert werde. Sie bestätigt auf Nachfrage, dass damit aber nicht jedem Stadtverordneten ein Laptop zur Verfügung gestellt werde und das Problem der Stromversorgung im Plenarsaal nicht gelöst sei. Sie nimmt die Anregung, im Nebenraum des Plenarsaals Steckerleisten vorzuhalten, um während der Sitzungen der StVV die Akkus der Laptops aufladen zu können, zur Prüfung mit.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 17.5 Einzelfahrschein für alle Fahrtrichtungen**

**Vorlage: 11/SVV/0620**

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass dies eine „unbefriedigende“ Mitteilungsvorlage sei, da sie die gleiche Botschaft wie vor einem Jahr enthalte, nämlich, dass die Umsetzung des Anliegens nicht empfohlen werden könne. Herr Exner verweist in seinen Ausführungen darauf, dass sich die Stadt im Tarifverbund befinde und man an dem „Gesamtsystem drehen würde“, was Einnahmeausfälle zur Folge hätte, die die Landeshauptstadt ausgleichen müsse. Im Weiteren äußern sich Frau Engel-Fürstberger, die, wenn überhaupt, Maßnahmen zur Kundenbindung den Vorzügen geben würde, Frau Dr. Müller, die zu bedenken gibt, dass der Nutzerkreis zu prüfen wäre und meint, dass dann einige den ÖPNV nutzen würden, die das jetzt nicht tun und Herr Schüler, der darauf verweist, dass der Hauptausschuss die Angaben nicht überprüfen könne und wenn Zweifel an den vorgelegten Zahlen bestünden, den VVB mit einer Prüfung beauftragen müsste.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 17.6 Bericht über das Ergebnis der Prüfung, ob und unter welchen Voraussetzungen die Einrichtung eines Aufsichtsrates für die Luftschiffhafen Potsdam GmbH erforderlich ist**  
**Vorlage: 11/SVV/0633**

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Oberbürgermeister erklärt eingangs, dass im Ergebnis der Prüfung ein entsprechender Beschlussvorschlag für die Sitzung der StVV im Dezember vorgelegt werde. Auf die Nachfrage von Frau Engel-Fürstberger, ob der Luftschiffhafenbeirat dann abgeschafft werde, entgegnet er, dass der Beirat die Interessen der Vereine bündele, wogegen der Aufsichtsrat die Kontrolle ausübe. Außerdem, so Herr Dr. Scharfenberg, sei per Beschluss der Erhalt des Beirates festgeschrieben. Auf ihre Anmerkung, eine einheitliche Regelung bezüglich der Aufsichtsräte für alle Gesellschaften zu finden, verweist der Oberbürgermeister darauf, dass das eine Frage der Effizienz und eine Frage sei, wie viel „Aufsichtsrat die StVV vertrage“, da diese Gremien auch mit Stadtverordneten zu besetzten seien.

**zu 17.7 Alternativfinanzierung für soziale Projekte aus dem Programm "Soziale Stadt"**

**Vorlage: 11/SVV/0614**

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, diese Vorlage **zurückzustellen**, um sie vorab im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen zu beraten, erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 17.8 Erbbaurechtsvertrag Karl-Liebknecht-Stadion - Modifizierung der Zuschussregelung**

**Vorlage: 11/SVV/0692**

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Frau Dr. Magdowski bringt die Vorlage ein, die anschließend zur Kenntnis genommen wird.

**neu Information zum Badneubau**

Herr Exner erläutert, dass das Verfahren nach VOF zur Auswahl eines Generalplaners weit fortgeschritten, jedoch noch nicht abgeschlossen sei. Derzeit befinden sich die Stadtwerke in einem Verhandlungsverfahren mit den vorausgewählten Bietern. Gleichzeitig werde man die Sanierungskosten für den Brauhausberg „verdichten“. Es sei damit zu rechnen, dass vor dem Antragschluss für die StVV am 02. November 2011 das Verfahren abgeschlossen sein werde. Um eine Beschlussfassung in der Dezember-Sitzung der StVV zu ermöglichen, soll der Beschlussvorschlag in den Ausschüssen vorab beraten werden. Ein Beschluss am 07. Dezember 2011 sei notwendig, um eine Entscheidung über die mögliche Beauftragung eines Generalplaners noch in diesem Jahr fällen zu können.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

**neu Information über die Gespräche mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten**

Der Oberbürgermeister informiert über die zahlreichen Themen der Beratung am 25. August 2011, in der es um folgende Themenkomplexe gegangen sei

- Verwaltungs- und Liegenschaftsangelegenheiten, hier insbesondere die Frage, ob die Landeshauptstadt Potsdam als Vollstreckungsbehörde aktiv werde und es dafür notwendige Mehrheiten in der StVV gebe,
- Bau- und Planungsvorhaben, wo er die Frage des UNESCO-Umgebungsschutzes hervorheben wolle und eine Evaluierung stattfinden solle
- den Parkeintritt - der diskutiert wurde, was die unterschiedlichen Positionen beider Seite beinhalte,
- das Thema „Marketing und Veranstaltungen“ – hier insbesondere „Friedrich 300“ und der UNESCO-Welterbetag 2012, zu dem eine verbesserte Koordination realisiert werden solle,
- Lapidarium – die Lagerung von Skulpturen, die der Stadt gehören, was bislang kostenfrei erfolgte.

Bezüglich der Frage der Parkordnung und der Tätigkeit der Landeshauptstadt als Vollstreckungsbehörde führt Frau Engel-Fürstberger aus, dass die Stadt der Stiftung entgegenkommen könne, wenn die Stiftung bezüglich des „Fahrrades“ einlenke. Herr Schüler verweist auf die Rechtswidrigkeit des Mitführverbotes von Fahrrädern und spricht sich gegen die Parkordnung und die Tätigkeit der Stadt als Vollstreckungsbehörde aus. Herr Heuer merkt an, dass die Parkordnung nicht durch das Landesdenkmalschutzgesetz gedeckt sei und fragt, ob es eine neue Parkordnung gebe.

Der Oberbürgermeister betont, dass noch einige Punkte geklärt werden müssen, um über einen Beschluss diskutieren zu können, die Stadt als Vollstreckungsbehörde zu nutzen.

**neu Denkmalbeirat**

Der Oberbürgermeister verweist auf die Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der Bildung eines Denkmalbeirates und eine dazu im November 2011 der StVV vorzulegende Beschlussvorlage.

Herr Schüler führt seinerseits aus, dass bereits 2007 ein Beschluss dazu gefasst worden sei und im April 2008 der Stadtverordnetenversammlung eine Geschäftsordnung per Mitteilungsvorlage vorgelegt wurde. Er fragt, warum es trotzdem keinen Denkmalbeirat gebe. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Verwaltung einen Denkmalbeirat nicht für sinnvoll halte, die Notwendigkeit der Diskussion darüber aber gesehen werde.

**neu Workshop Bürgerbeteiligung**

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass er die Pressemeldung bezüglich einer „Revolte“ im Rahmen des Workshops für übertrieben halte. Es habe eine spannungsgeladene Diskussion gegeben, weil der Eindruck nicht widerlegt werden konnte, dass ein fertiges Konzept vorliege, das so umgesetzt werden solle. Für den zweiten Teil der Veranstaltung habe man sich auf ein Verfahren geeinigt und werde diese auf der Basis der Ergebnisse des ersten Teils vorbereiten. Dazu werde sich die Arbeitsgruppe mit den Inhalten aktiv auseinandersetzen. Angesichts der lebhaften Diskussion, so der Oberbürgermeister, meine er, mit dem Workshop einen guten Prozess angestoßen zu haben.

Herr Schüler, der nun selbst Mitglied der genannten Arbeitsgruppe ist, betont, dass die nächste Veranstaltung am 30. Oktober vorgesehen sei und es sich schon frühzeitig herauskristallisiert habe, dass ein Workshop nicht ausreichen werde. In der Vorbereitungsgruppe herrsche Konsens darüber, dass es nicht in erster Linie darum gehe, das Konzept der Verwaltung zu diskutieren, sondern Klarheit darüber zu schaffen, was unter Bürgerbeteiligung zu verstehen ist und wie diese in die Systematik der Stadt eingeordnet wird.

Herr Dr. Scharfenberg meint, die Stadt habe sehenden Auges Fehler gemacht, wie z. B. den kurzfristigen Versand der Einladungen, die Auswahl der Teilnehmer und die erst zwei Tage vorher in's Netz gestellte Vorlage, die dann kaum einer hätte lesen können. Dieser Prozess der Vorbereitung hätte schon vor einem halben Jahr beginnen können. Herr Schüler entgegnet, dass die Hauptkritik der Teilnehmer gewesen sei, dass diese über ihr Verständnis von Bürgerbeteiligung sprechen wollten und nicht über ein fertiges Konzept. Auf die Anmerkung von Frau B. Müller, dass der 30. Oktober ein Sonntag und noch dazu ein Tag vor einem Feiertag sei, was sie als sehr ungünstig empfinde, verweist Herr Schüler auf die Absprache in der Vorbereitungsgruppe und die Schwierigkeit, für alle ehrenamtlich tätigen Beteiligten einen passenden Termin zu finden.

Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass die Veranstaltung ein wichtiger Lernprozess gewesen sei, der die Diskussion befördern werde.

## zu 18      **Sonstiges**

Der Oberbürgermeister verweist auf die Anfrage der Fraktion SPD zum **Umlegungsverfahren - B-Plan 129**, da es hier Unzufriedenheit und Kritik am formalen Verfahren gegeben habe. Nunmehr solle, bevor das amtliche Verfahren in Gang gesetzt werde, ein moderiertes Verfahren durchgeführt werden.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf das **Anliegen des Schaustellverbandes** bezüglich der Nutzung der Flächen im Lustgarten zum bevorstehenden Herbstfest und die Ankündigung der Schausteller, sich eine andere Fläche zu suchen, wenn die Erhöhung des Mietzinses realisiert werde. Er fordert, sich auf eine feste Summe zu einigen, die für mehrere Jahre gelte.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Stadt die Veranstaltung und die Schausteller ihre Möglichkeiten kennen und auf dieser Basis werde man sich einigen.

Im Weiteren erinnert Herr Dr. Scharfenberg an seine in der letzten Hauptausschusssitzung geäußerte Bitte um eine zeitnahe Klärung und Festlegung des **Gesprächstermins mit dem Polizeipräsidenten** und dem Polizeidirektor, da die Schließung der Wache in Babelsberg nicht terminiert worden sei und somit auch schon im Oktober erfolgen könne. Entgegen der getroffenen Aussage, es würden dazu Gespräche laufen, habe er feststellen müssen, dass das nicht der Fall sei. Er betont, dass die Stadt ihre Vorstellungen kommunizieren müsse, weil sonst nichts passiere.

Der Oberbürgermeister betont seinerseits, dass natürlich Gespräche laufen, insbesondere zu geeigneten Räumlichkeiten, dem Mietzins usw. Für das Gespräch im Hauptausschuss sei man dabei, einen Termin zu finden.

zu 21

## **Gerechte Bezahlung im Klinikum "Ernst von Bergmann"**

**Vorlage: 10/SVV/1079**

Gruppe Die Andere

Äa/Ea Fraktion SPD

Äa/Ea Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister informiert eingangs, dass die Diskussion zu diesem Antrag nicht öffentlich – die Abstimmung dann öffentlich erfolgen werde.

.  
. .

Im Ergebnis legt Herr Dr. Wegewitz einen modifizierten Änderungsantrag der Fraktion der SPD mit folgendem Wortlaut vor:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit den Tarifvertragsparteien des Klinikums „Ernst von Bergmann“ und seiner Tochtergesellschaften zu führen mit dem Ziel, gemeinsame Tarifverhandlungen mit kommunalen Kliniken in Westbrandenburg zur Erreichung eines Tarifvertrages für den „Gesamtkonzern“ zu befördern, der geeignet ist, alle Beschäftigten, unter Beachtung der detailliert und transparent darzustellenden finanziellen Möglichkeiten, schrittweise an das Tarifniveau des VKA heranzuführen. Dem Hauptausschuss ist darüber im Juni 2012 zu berichten.*

Der Oberbürgermeister stellt diesen als weitergehenden Antrag zur Abstimmung, so dass sich bei dessen Annahme alle anderen Anträge erledigt haben.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit den Tarifvertragsparteien des Klinikums „Ernst von Bergmann“ und seiner Tochtergesellschaften zu führen mit dem Ziel, gemeinsame Tarifverhandlungen mit kommunalen Kliniken in Westbrandenburg zur Erreichung eines Tarifvertrages für den „Gesamtkonzern“ zu befördern, der geeignet ist, alle Beschäftigten, unter Beachtung der detailliert und transparent darzustellenden finanziellen Möglichkeiten, schrittweise an das Tarifniveau des VKA heranzuführen. Dem Hauptausschuss ist darüber im Juni 2012 zu berichten.**

### **Abstimmungsergebnis:**

mit Stimmenmehrheit angenommen,  
bei 3 Stimmenthaltungen.